

Wie lebendig ist der Liberalismus?

Autor(en): **Reich, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 10

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164039>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Richard Reich

Wie lebendig ist der Liberalismus?

Als im Herbst 1982 die Bonner Regierungskoalition zwischen SPD und Freien Demokraten auseinanderbrach, ergoss sich eine Sturzflut bösester Kritik über den kleineren Partner, der sich auch sogleich einer internen Zerreißprobe mit spektakulären Austritten ausgesetzt sah. Kernpunkt war dabei die Streitfrage, ob die FDP bei den vorhergehenden Bundestagswahlen auf Grund ihrer Koalitionsaussage zugunsten einer Fortführung der sozialliberalen Regierung gewissermassen ein gebundenes Mandat auf Gedeih und Verderben eingegangen sei oder nicht. Und flugs war man auch gleich wieder einmal mit dem Etikett einer generellen «Krise des Liberalismus» zur Hand, die rasch in neuen Büchern «vermarktet» wurde.

In dem ganzen Vorgang spiegelte sich zunächst das spezifische Schicksal «dritter Parteien» in parlamentarischen Systemen mit zwei grossen Landesparteien und einem «Juniorpartner», wie es seit Jahrzehnten nicht nur für die Bundesrepublik, sondern zum Beispiel auch für Grossbritannien und Österreich typisch ist. Es liegt auf der Hand, dass solche Parteien Schwierigkeiten der Abgrenzung und der Selbstidentifikation haben. Ihre grossen Kontrahenten im bürgerlichen Lager pflegen sich normalerweise darauf zu berufen, dass sie die wesentlichsten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Prinzipien des Liberalismus in sich aufgenommen hätten. Und die sozialdemokratischen Parteien ihrerseits definieren sich selbst regelmässig als Träger des Fortschritts und des demokratischen Reformismus – eine Funktion, die im 19. Jahrhundert unbestritten dem Liberalismus zuerkannt worden war.

Schicksale «dritter» Parteien

Auf diese Situation haben die Liberalen der erwähnten drei Staaten unterschiedlich reagiert, zum Teil aus historischen Gründen, teilweise aber auch angesichts verschiedenartiger politischer Konstellationen. Was die englischen Liberalen betrifft, so war es nach ihrer Ablösung im faktischen Zweiparteiensystem durch die Labour Party lange ein vieldiskutiertes Thema, warum es denn nun die Liberalen und nicht die Konservativen getroffen habe. Eine abschliessende Antwort wird sich nie finden lassen.

Doch muss angenommen werden, dass die englischen Liberalen in gewissem Sinne das Opfer ihrer eigenen Aufgeschlossenheit geworden waren.

Durch die von ihnen forcierte Ausweitung des Wahlrechts integrierten sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts Wählermassen mit erheblichen sozialen Problemen, die nach vermehrten öffentlichen Diensten riefen. So wurden die Liberalen unvermerkt zum Motor auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat – eine Rolle, die allmählich durch die erstarkende Gewerkschaftsbewegung und ihre politische Organisation, die Labour Party, unterlaufen werden sollte.

Dem Versuch, danach einen «dritten Weg» aufzuzeigen, blieb in der Folge auf Grund des starren Majorzsystems ein arithmetisch ausreichender Erfolg versagt. Es gelang den Liberalen mit andern Worten nicht, zum Zünglein an der Waage und damit regierungsfähig zu werden. Bezeichnenderweise blieben sie dabei während Jahrzehnten auf ihrer Linie «Links von der Mitte» und konkurrenzten weit eher die Labour Party als die Konservativen. Ihr jüngster Versuch, zusammen mit den neu formierten Sozialdemokraten den Einbruch in den Jahrzehnte alten Dualismus von Konservativen und Labour Party zu schaffen, entspricht ganz dieser Tradition, die wohl trotz blossem Achtungserfolg auch weiterhin ihre Fortsetzung finden wird.

Im Wechselbad der Koalitionsfähigkeit

In der Bundesrepublik Deutschland verliefen die Dinge anders. Hier war für die FDP vom Wahlsystem her von allem Anfang an die Möglichkeit gegeben, «Junior-Partner» in Koalitionsregierungen zu sein. Sie ist inzwischen sogar zur «dienstältesten» Partei geworden; weder CDU noch SPD weisen so viele Regierungsjahre auf. Doch der Preis war hoch. Die Partei wurde in gewissem Sinne «funktionalisiert», das heisst ihr Gesicht wandelte sich je nach Konstellation. Noch in den ersten Nachkriegsjahren war ihr Bild durch das mittelständische «Bildungsbürgertum» geprägt. Angesichts der ständig drohenden Guillotine der Fünf-Prozent-Klausel war sie aber gezwungen, die soziologische Entwicklung genau zu verfolgen. In den sechziger Jahren richtete sie sich mehr und mehr auf den «Neuen Mittelstand», die Angestellten und «Aufsteiger»-Gruppen aus. Gleichzeitig orientierte sie sich mehr nach links, bis hin zum totalen «Umfaller», dem Beginn der sozialliberalen Koalition.

Dass mit einem solchen Kurs eine weitere Veränderung in der Struktur der Wählerschaft verbunden war, liegt auf der Hand. Es kam denn auch nicht von ungefähr, dass linksbeheimatete Studentenpolitiker der späten sechziger Jahre in Schlüsselpositionen der Partei aufrückten, die sich dann

mit dem erneuten Koalitionswechsel von 1982 besonders schwer tun sollten: Günter Verheugen, der Geschäftsführer der Partei, zum Beispiel sah für «seinen Liberalismus» keine Basis mehr in der Partei und liess sich in der Folge ohne äussere Zeichen seelischen Schadens von der SPD ins Parlament wählen. Inzwischen hat sich die FDP offensichtlich neu eingependelt, und zwar wieder eher rechts von der Mitte.

Stark und schwach zugleich

Wie weit sind nun die beiden kurz skizzierten Parteienschicksale signifikant für den Liberalismus der Gegenwart? Die englischen wie die deutschen Liberalen stehen in einem ständigen Existenzkampf, die einen im Zeichen permanenter Niederlagen, die andern im schillernden Glanz fast durchgehender, aber immer wieder «erzitterter» Partizipation an der Exekutivgewalt. Beide Parteien zahlen für ihre Positionen einen hohen Preis. Sie haben mit erniedrigenden materiellen Sorgen zu kämpfen, bekunden Mühe, eine feste Mitgliederbasis zusammenzuhalten, und werden von den politischen Analytikern in schöner Regelmässigkeit mit niederschmetternden Lebenserwartungsprognosen bedacht.

Trotzdem leben sie immer weiter und bringen es sogar, jede in ihrer besonderen Art, immer wieder fertig, markante Führergestalten zu rekrutieren und die Öffentlichkeit in weit überproportionalem Masse zu beschäftigen. Sie kommen nicht so recht vom Fleck und sind doch buchstäblich nicht umzubringen. Das kann wohl nur bedeuten, dass sie stark und schwach zugleich sind. Schwach weil es ihnen nicht gelingt, wieder wirklich massgebendes Gewicht zu erlangen. Stark weil ihre Existenz offensichtlich trotzdem für eine Notwendigkeit gehalten wird. Sie sind ganz zweifellos doch mehr als blosser «Leuchttürme ausser Betrieb», wie es ein deutscher Publizist im vergangenen Winter wahrhaben wollte. Sie werden anscheinend selbst unter ungünstigen Rahmenbedingungen noch als notwendige Stimme, als unentbehrliches Korrektiv in politischen Landschaften empfunden, die sonst völlig von zwei grossen Sammelparteien dominiert und in gewissem Sinne auch blockiert würden. Ähnliches gilt für die Situation in Österreich.

Möglichkeit zum Wandel

Das Geheimnis liegt wohl darin, dass der Liberalismus von jeher als politische Haltung empfunden wurde, welche die Möglichkeit zum Wandel in sich birgt. Der parteipolitisch organisierte Liberalismus, wie er sich erstmals um 1812 in der Cortes des spanischen Cádiz formiert und danach in

den meisten europäischen Staaten manifestiert hatte, stellte im 19. Jahrhundert die grosse schöpferische Kraft der Öffnung dar. Er brachte den kulturpolitischen Durchbruch zur jedermann zugänglichen Schulbildung, er vollzog den endgültigen Schritt zum allgemeinen Wahlrecht, er öffnete die ständischen Schranken der Wirtschaft und sprengte die Grenzen für den internationalen Freihandel.

Im Zentrum stand das Bild vom mündigen, vernunftbegabten Menschen, dessen Lebenschancen es zu verbessern und zu gewährleisten galt. Die neu postulierte und politisch weitgehend realisierte Autonomie des freien Willens sollte zwar nicht schrankenlos sein, sondern ihre Begrenzung im demokratischen Rechtsstaat finden. Doch diese Beschränkung sollte gemäss dem «ganz einfachen Grundsatz» John Stuart Mills nur dann zum Greifen kommen, wenn Gedanken oder Verhaltensweisen das Dasein anderer Glieder der Gesellschaft nachweislich gefährdeten.

Das Schlagwort von der «Krise des Liberalismus»

Diese Formel des «Limited government» lag anscheinend in der Luft. Denn auch Marx predigte im Grunde ein «Leben ohne Staat»; nur war sein Ansatz nicht individualistischer, sondern kollektivistischer Natur. Marx war es denn auch, der nach dem liberalen Siegeszug in den 1830er Jahren bereits 1847 das Wort von der «Krise des Bürgertums» prägte. Damit kam eine Formel in Umlauf, die den Liberalismus inskünftig in regelmässigen Schüben bis auf den heutigen Tag begleiten sollte.

Dieses merkwürdige Phänomen hängt zum einen möglicherweise damit zusammen, dass die Unvollkommenheit des Individuums als der Zentralfigur der liberalen Konzeption ständig deutlich vor aller Augen lag, während die marxistische Utopie von der klassenlosen Gesellschaft und der Herrschaft des Proletariats immer von neuem in eine nebulöse Zukunft projiziert werden konnte und auch weiterhin fleissig projiziert wird. Zum andern wird man im Rückblick zugeben müssen, dass das ursprüngliche liberale Gesellschaftsmodell trotz allem gesunden Pragmatismus, der seine Vorkämpfer von jeher charakterisiert hatte, in verschiedener Hinsicht auf eine Überforderung des Menschen hinauszulaufen drohte – jedenfalls dort, wo er relativ unvorbereitet mit den im Prinzip unbegrenzten neuen Möglichkeiten der Selbstentfaltung konfrontiert wurde.

Das Prinzip der freiwilligen Kooperation

Denn die liberale Öffnung zur Selbstentfaltung auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich war nicht voraussetzungslos. Gerade beim immer

noch vielzitierten J. S. Mill wird deutlich spürbar, dass sie im Zusammenhang einer politischen Kultur verstanden werden musste. Zentrales Element dieser Kultur war und ist der Wille zur ehrlichen und immerwährenden Suche nach dem Konsens über bestimmte grundlegende Verhaltensmuster. Der individualistische Pluralismus der liberalen Konzeption kommt nur dann zum sinnvollen Tragen, wenn er zugleich auf dem Prinzip der freiwilligen Kooperation beruht. Schon im 19. Jahrhundert wurde erkannt, dass absolute Freiheit auf dem Weg über das unbeschränkte «Recht des Stärkeren» durchaus in absolute Sklaverei ausmünden könne.

Sobald die Einsicht in die fundamentale Bedeutung des Grundsatzes freiwilliger Kooperation – und das heisst vor allem auch der Diskussionsbereitschaft auf dem Hintergrund eines minimalen Zusammengehörigkeitsgefühls — fehlte, war auch gleich der Keim zum Scheitern gelegt. Wenn die Ereignisse in der Frankfurter Paulskirche von 1848 schliesslich ein verheerendes Bild der Ohnmacht abgaben, das schwere psychologische und politische Folgen zeitigen sollte, so lag es wohl an eben diesem Mangel prinzipieller Konsensbereitschaft.

Hier fand sich zweifellos die Wurzel dessen, was später als die «Tragödie des deutschen Liberalismus» bezeichnet werden sollte. In diesem Sachverhalt war aber auch jenes zentrale Missverständnis rund um die Wettbewerbs- und Marktwirtschaft begründet, das schliesslich den neo-liberalen Staat weitherum in einem Mass als «Schiedsrichter» auf den Plan rief, welches zu einer streckenweisen Pervertierung des liberalen Gedankens führen sollte. Er wurde nicht nur als Garant des «fairen Wettbewerbs» und des «demokratischen Dialogs» inthronisiert. Da der liberale Aufbruch eine Phase ungeahnten wirtschaftlichen Wachstums einleitete, wurde der Staat in den meisten Industrieländern immer mehr auch in die Rolle eines Bürgen für die laufend weiter expandierende Wohlstandsgesellschaft gedrängt.

Politik ohne Wachstum

Die Zukunft der liberalen Gesellschaft hängt – unabhängig vom jeweiligen Schicksal nationaler liberaler Parteien – davon ab, wie weit es gelingt, die liberale Idee als menschliche Haltung zu restituieren. Nach Jahrzehnten einer «Marktwirtschaft des Wachstums» mit dem Trend, die Verteilung und Umverteilung zum Hauptinhalt der Politik werden zu lassen, muss sich der Mensch nun wohl oder übel auf eine Marktgesellschaft mit nur noch marginal verfügbaren Wachstumsraten einstellen.

Die Jahrzehnte der Hochkonjunktur und damit des rasch wachsenden

allgemeinen Wohlstands haben in den freiheitlichen Industriestaaten zum Aufbau eines dichten Netzes sozialer Sicherheit geführt, das zweifellos auch zu einer besseren Fundierung der politischen Stabilität beigetragen hat. Diese Entwicklung hat aber gleichzeitig die individuelle Eigenverantwortung, dieses zentrale Element jeder liberalen Gesellschaft, alles andere denn gestärkt. Der fundamentale Zusammenhang von Leistung und Gegenleistung in der Marktwirtschaft, das Prinzip der Leistung überhaupt wurde angesichts einer Wohlstandsgesellschaft, deren materielle Probleme scheinbar für alle Zeiten gelöst oder doch lösbar schienen und deren negative Begleiterscheinungen daher um so hemmungsloser zur permanenten «Kulturkrise» hochstilisiert werden konnten, immer mehr in den Hintergrund gerückt.

Verwesentlichung der liberalen Gesellschaft

Doch nun steht die Welt vor der Tatsache, dass der moderne Wohlfahrtsstaat schon seit längerer Zeit auf zu grossem Fuss gelebt hat, dass die Periode grosszügigen Umverteilens auf der Basis scheinbar unbegrenzten Wachstums der Vergangenheit angehört, dass es gilt, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Der sogenannte Rechtstrend der letzten Jahre ist ein Zeichen dafür, dass dies in wachsenden Kreisen verstanden wird. Er führt aber nur dann aus der Sackgasse vergangener Fehlentwicklungen heraus, wenn er mit dem verbunden ist, was man als Verwesentlichung der liberalen, marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft bezeichnen könnte.

Die richtig verstandene Wettbewerbsgesellschaft ist keine blosses Kumulierung des Eigennutzes. Sie ist nur dann belastbar, wenn sie auf dem Grundkonsens einvernehmlicher Konfliktregelung beruht. Dieser Konsens setzt ein dichtes Netz von menschlichen und sozialen Bezügen, setzt jenes Zusammengehörigkeitsgefühl im Zeichen von Freiheit und Verantwortung voraus, das eine Gesellschaft erst zu einer wirklich liberalen Gesellschaft werden lässt. So gesehen ist der Liberalismus aktueller und lebendiger denn je. Er ist *die* Chance für die demokratische Gesellschaft der achtziger Jahre.